



Wie viele Zusatzdienste wird es geben?

Die Wellen schlagen bei der einen PI hoch, bei anderen trifft man auf Menschen, die dem Echtbetrieb eines neuen Wechselschichtdienst-(WSD-) Modells in 2019 gelassen entgegenblicken. Von großer Bedeutung ist die Frage, wie der WSD bisher gestaltet war. Doppelschlag- oder dauerhaft 12-Stunden-Arbeitende haben einen weiteren Weg zu gehen als Kolleginnen und Kollegen, die seit Jahren in Blockmodellen arbeiten.

Wer sein Modell mit statischen Überlappungen so eingerichtet hatte, dass mit der Schichtfolge die Jahresarbeitszeit erfüllt wurde, sieht sich auch vor neuen Herausforderungen. Die WSD-Welt ist jedenfalls sehr bunt.

Personalräte unterstützt

In einem GdP-internen Workshop und in einer Personalrätetagung des Hauptpersonalrates mit allen örtlichen Gremien wurden die Inhalte örtlicher Vereinbarungen und die damit verbundenen Ziele besprochen und dokumentiert.

Streit um die richtigen Zahlen

Mangelnde Beteiligung der Betroffenen und der Personalmangel sind oftmals Kern der Kritik. Kritik macht sich auch an einer Präsentation der AG GAP fest, die suggeriert, es seien lediglich 81 Stunden an Zusatzdiensten zu erbringen. Demgegenüber rechnen Kollegen dem Hauptpersonalrat vor, dass sie in den neuen Dienstmodellen deutlich über 200 Stunden als Zusatzdienste erbringen müssten und deutlich mehr Fahrten zur Dienststelle haben werden. Insbesondere wird an die Fortführung eines gedeihlichen Familienlebens ein großes Fragezeichen gemacht. Sorgen und Ärger werden in offenen Briefen an Minister Lewentz zum Ausdruck gebracht, teils anonym oder geschrieben von der Frau eines Kollegen.

Zahlen sind ja normalerweise klar, deutlich und unbestechlich. Das ist auch bei Berechnungen der Arbeitszeit im WSD so. Aber wenn man sich mit der Materie genauer befasst, kommt man zu der Feststellung, dass es unzählige Sichtweisen und Rechenarten gibt und dass für die örtliche Regelung und

vor allem für die Beschäftigten selber erheblicher Gestaltungsspielraum besteht.

Beispiele für Gestaltungsspielraum

Hier der Versuch, einen scheinbar nur mathematischen Sachverhalt in Prosa aufzubereiten:

Im Jahr 2019 (als Beispiel/jedes Jahr ist anders) haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz 250 Arbeitstage. Beamtinnen und Beamte in Rheinland-Pfalz haben **248 Arbeitstage**, weil Heiligabend und Silvester wie Wochenfeiertage behandelt werden, was seinerzeit durch den Ver-

zicht auf den zweiten AZV-Tag „erkauft“ wurde. Diese 248 Arbeitstage ergeben eine zu erbringende Jahresarbeitszeit (JAZ) von 1984 Stunden.

Diese JAZ gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen des Wechselschichtdienstes. Aber: Die GAP- und EU-tauglichen WSD-Modelle sehen – genau wie die bisherigen Modelle – lediglich zwischen 218 und 220 Dienstschichten vor. Mit **219 Diensten von je acht Stunden** werden vom Jahresarbeitszeitkonto (JAZKO) 1752 Stunden abgeleistet, verbleibt ein **Zeitbudget von 232 Stunden für Zusatzdienste**.

Eine erste Dezimierung erfährt dieses Stundenkontingent durch die pauschal gewährte Rüstzeit. Die Rüstzeit ist – wie wir weiter unten sehen werden – eine variable Größe, die sich bei 182 geleisteten Dienstschichten (219 Dienste abzgl. 37 Tage Urlaub) auf ca. **61 Stunden** belaufen würde. So schrumpft das **Zeitbudget für die Zusatzdienste auf 171 Stunden**.

Fortsetzung auf Seite 2

GdP – Zukunft gemeinsam gestalten



Die Antragberatungskommission berät unter Vorsitz von GdP-Vize Bernd Becker im Kloster Jakobsberg über mehr als 150 Anträge der Untergliederungen. Foto: GdP

Vom 23. bis 25. Oktober findet in Leiwien an der Mosel der 23. Landesdelegiertentag der GdP Rheinland-Pfalz statt.

Mit der Wahl eines neuen Vorstandes und der Verabschiedung verdienter Funktionäre wird der

Generationenwechsel in der GdP Gestalt annehmen. Eine umfassende Antragsdebatte, die sich mit zentralen Zukunftsthemen befasst, steht auf der Tagesordnung. Über 250 Delegierte, gewählt durch die Kreis- und Personengruppen, werden die Weichen für die Zukunft der GdP stellen.

GdP-Vize **Helmut Knerr** leitet die Vorbereitungs-AG: „**Der Delegiertentag ist unser höchstes Entscheidungsorgan. Der reibungslose Ablauf des Delegiertentages liegt mir auch dieses Mal wieder sehr am Herzen.**“



„GAP-WSD“ GEHT IN DIE UMSETZUNG

Fortsetzung von Seite 1

Dieser Wert kann sich – je nach örtlicher Vereinbarung und Verfahrensweise durch die Betroffenen – signifikant ändern. Hier einige Beispiele für Effekte und dafür, dass alles zusammenhängt:

BEISPIEL 1:

Die Örtliche Dienstvereinbarung sieht für Sonn- und Feiertage 12-Stunden-Dienste vor. Die Folge: Die Zahl der geleisteten Dienste (Dienstantritte) verändert sich. Damit verbunden ist eine Reduzierung der pauschalen Rüstzeiten.

BEISPIEL 2:

Ein Kollege investiert in seinen Jahresurlaub (37 Tage) lediglich das Äquivalent für die Schichtfolge und lässt die Zusatzdienste unberücksichtigt. Die Folge: Er ist für ca. neun Wochen nicht auf der Dienststelle und muss den Zusatzdienst aus dieser Zeit „nacharbeiten“. Der Zusatzdienst **erhöht sich um ca. 58 Stunden auf dann 229 Stunden.**

Diese sind statt in ca. 45 Wochen in nur noch 43 Wochen zu erbringen, **pro Woche also über fünf Stunden** mehr und im **Fünf-Wochen-Planungszeitraum über 25 Stunden** zusätzlich.

BEISPIEL 3:

Eine Kollegin investiert in ihren Jahresurlaub das Äquivalent einer 40-Stunden-Woche. Es bleibt bei den zu erbringenden 171 Stunden Zusatzdienst. Dieser ist in ca. 44 Wochen zu erbringen. Im Ergebnis sind dies rechnerisch **3,8 Stunden je Woche und im Fünf-Wochen-Zeitraum 19 Stunden.** Das ist doch schon wesentlich freundlicher.

BEISPIEL 4:

Jetzt nehmen wir eine gesundheitsbewusste Kollegin mit Mathe-Leistungskurs. Sie arbeitet in einer PI ohne Zwölf-Stunden-Dienste und zieht persönlich die in der Örtlichen Dienstvereinbarung eröffnete Option, den Zusatzurlaub von vorneherein vom JAZKO abziehen zu lassen. Folge: Ihr Zusatzdienst **reduziert sich von 171 auf 123 Stunden** und wirkt wie eine AZ-Reduzierung über das ganze Jahr. Ihr verbleiben allerdings „nur“ noch 30 Tage Erholungsurlaub und der AZV-Tag. Das führt dazu, dass sie


nicht 182, sondern 188 Dienstschichten leistet, was die pauschale Rüstzeit um zwei Stunden erhöht, was wiederum den zu erbringenden **Zusatzdienst** in gleichem Maße auf **121 Stunden reduziert**. Bei der Beantragung des Urlaubs investiert sie das Äquivalent zur 40-Stunden-Woche, produziert also keine Erhöhung des Zusatzdienstes. Die 121 Stunden Zusatzdienst erbringt sie in gut 45 Wochen und kommt so auf ca. 2,7 Stunden je Woche, entsprechend im Fünf-Wochen-Turnus auf ca. 13 bis 14 Stunden.

BEISPIEL 5:

Auch ein Effekt, den die Praxis zeigen wird: Ein Kollege versteht bei einer kleinen Dienststelle Dienst, bei der hauptsächlich **Zusatzdienste als komplette Dienstschicht aus der Freizeit** zu leisten sind. Dabei fallen in entsprechendem Umfang pauschale Rüstzeiten an, die sich (geringfügig) auf den Gesamtstunden-Haushalt auswirken.

Was lernen wir daraus?

Alles hängt mit allem zusammen und jede/r Einzelne kann Einfluss nehmen auf die Gestaltung des Dienstes. Jedenfalls lässt die Vorschrift trotz all der fremdbestimmten Zwänge des Polizeidienstes Raum für Gestaltung.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40 vom 1. Januar 2018

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

GEDENKEN IN EUROPA

Freundschaft trotz 1 Mio. Toter

Die Junge Gruppe (GdP) Rheinland-Pfalz hat sich zusammen mit einer Delegation um Innenminister Roger Lewentz und IdP Jürgen Schmitt auf den Spuren des Ersten Weltkrieges bewegt und an den Gedenkfeiern zum 102. Jahrestag der Schlacht an der Somme teilgenommen.

Vor hundert Jahren endete der Erste Weltkrieg und vor 102 Jahren, am 1. Juli 1916, begann die „Schlacht an der Somme“. Grund genug für eine Delegation von 18 Gewerkschafter/-innen, sich auf den Weg in die Region Somme im Nordosten Frankreichs zu machen. Die „Schlacht an der Somme“ war die verlustreichste Schlacht im Ersten Weltkrieg, bei der über eine Million Soldaten aus Frankreich, Großbritannien und Deutschland ihr Leben verloren.

Nach unserer Anreise und dem Check-in im Hotel in dem beschaulichen Städtchen Peronne nutzten einige die Chance, sich im Museum „Historial de la Grande Guerre“ gedanklich auf die bevorstehenden Tage einzustimmen.

Polizei in Europa: Austausch

Der Freitag stand zunächst ganz im Zeichen der Stärkung des europäischen Zusammenhalts und internationalen Austauschs. Gemeinsam mit unseren Gästen, dem Inspekteur der Polizei Jürgen Schmitt und dem Mainzer Polizeipräsidenten Reiner Hamm, besuchten wir die Gendarmerie in Amiens. Diese ist für die gesamte Somme-Region, also etwa 6200 km² und rund 575 000 Bürgerinnen und Bürger, zuständig.





„Familienfoto“ mit den Kolleginnen und Kollegen der Gendarmerie in Amiens

Alle Fotos: GdP

Wir erhielten umfangreiche Einblicke in die Einsatzleittechnik und persönliche Ausrüstung der Gendarmerie. Dies umfasste bspw. die GPS-Ortung der Funkstreifenwagen im gesamten Dienstgebiet, die waffentechnische Ausstattung oder die dieses Jahr neu eingeführte Nutzung mobiler Endgeräte während der Streifenfahrt.

Sehr interessiert und auch kritisch setzten wir uns hier mit den jeweiligen Themen auseinander. Es war erstaunlich, dass die Gendarmerie in vielen Punkten gar nicht so unterschiedlich und besser ausgestattet war als unsere Polizei Rheinland-Pfalz.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen mit dem Generalstab der Gendarmerie bedankten wir uns bei unseren Gastgebern und setzten unseren Weg in die Altstadt von Amiens fort. Die gemütlichen Gässchen rund um die gotische Kathedrale luden zum Schlendern und Verweilen ein. Einige zog es dann auch in das Innere der Kathedrale. Diese galt damals nach ihrer Fertigstellung als Vorbild für die weltbekannte Kathedrale Notre Dame in Paris. Auf der Rückfahrt kehrten wir in der kleinen Kneipe „Le Tommy“ im Örtchen Poziere ein, wo uns der Gastwirt Dominique herzlich empfing und auch die ein oder andere nicht ganz so bekannte Hintergrundinformation zum Ersten Weltkrieg gab. Hier ließen wir den Tag in gemütlicher Runde ausklingen.

Kreuze bis zum Horizont

Am Samstag machten wir uns zu den Denkmälern auf den Schlachtfeldern auf. Das kanadische Denkmal in Vimy war unser erstes Ziel. Hier wird den vermissten gefallenen kanadischen Soldaten gedacht. Auf einer kleinen Anhöhe ragt ein ca. 30 Meter hohes eindrucksvolles weißes Denkmal in den Himmel, auf dessen Sockel alle Namen der noch

immer vermissten gefallenen kanadischen Soldaten in Stein gemeißelt sind.

Im Anschluss besuchten wir den französischen Soldatenfriedhof Notre Dame de Lorette, wo ca. 43 000 französische Soldaten ihre letzte Ruhe fanden.

Weiterhin fuhren wir zum größten deutschen Soldatenfriedhof der Region, wo ca. 47 000 deutsche Soldaten beerdigt wurden. Diese beiden Friedhöfe sind nicht in Worte zu fassen. Die dort aufgestellten Kreuze ragen bis zum Horizont. Es sind einfach unvorstellbare Grausamkeiten, die den Ersten Weltkrieg ausmachten.

Nach der Mittagspause in der altbekannten Kneipe „Le Tommy“ stieß Innenminister Roger Lewentz gemeinsam mit seinem Sohn Max zur Gruppe hinzu. Zusammen besuchten wir das südafrikanische Denkmal und das dortige Museum.

Der Tag fand seinen Abschluss bei einer Gedenkfeier auf einem französischen Soldatenfriedhof in der Gemeinde Maurepas, bei der Roger Lewentz gemeinsam mit IdP Schmitt und PP Hamm einen Kranz niederlegte.

7:28 Uhr am Lochnagar

Das Sonntagsprogramm startete in den frühen Morgenstunden. Wir machten uns auf den Weg zum Krater Lochnagar. Dort wurde am 1. Juli 1916 um 7:28 Uhr Ortszeit ein deutsches Munitionsdepot durch eine unterirdische Sprengkammer gesprengt.

Mit einem lauten Knall ging die einzigartige Gedenkfeier los. Ein Dudelsackspieler spielte Klänge des damaligen Schlachtfeldes. Rund um den Krater versammelten sich Menschen aus unterschiedlichsten Ländern, um gemeinsam der gefallenen Soldaten zu gedenken. Nach diversen Kranzniederlegungen und einem



Kranzniederlegung am Lochnagar

gemeinsamen Bekenntnis zum grenzübergreifenden Zusammenhalt beendeten wir den dortigen Aufenthalt und setzten unseren Weg zur britischen Gedenkfeier in Thiepval fort. Im Anschluss wohnte ein Teil der Gruppe einer kleinen Gedenkfeier für den im Krieg gefallenen Dichter Harry Fellow bei.

Abschluss in Fricourt

Unsere Fahrt fand ihren Abschluss mit dem Gedenken an die Soldaten auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Fricourt. Hier legten wir sowohl von der GdP Rheinland-Pfalz, als auch für das Land Rheinland-Pfalz durch Innenminister Roger Lewentz einen Kranz nieder.

Es war eine schöne und eindrucksvolle, aber auch zugleich schwere und bewegende Gedenkfahrt.

Viele Momente werden noch lange in unseren Köpfen bleiben. Mark Twain sagte einst: „**Vergangenheit ist, wenn es nicht mehr weh tut**“. Lassen wir das Gedenken an diesen unfassbar schweren und tragischen Ersten Weltkrieg nicht zur Vergangenheit werden und erweisen wir den gefallenen Soldaten ihre letzte Ehre.

Christian Weinmann



Barbara Schleicher-Rothmund und Dieter Burgard

Barbara Schleicher-Rothmund ist die neue Bürgerbeauftragte und Beauftragte für die Landespolizei, Dieter Burgard ab, der in die Staatskanzlei gewechselt ist und die bundesweit erstmalig die Aufgaben der Bürgerbeauftragten übernommen hat. Die GdP hat mit beiden gesprochen.

Deutsche Polizei (DP): Sehr geehrte Frau Schleicher-Rothmund, wir sind Ihnen als GdP sehr dankbar, dass Sie das Amt der Bürger- und Polizeibeauftragten in unserem Land übernommen haben. Wir sind uns sicher, dass Sie die gute Arbeit Ihres Vorgängers Dieter Burgard fortsetzen, aber auch neue Impulse setzen werden.

Schleicher-Rothmund (SR): Vielen Dank. Ich freue mich sehr darüber, dass ich das Amt ausüben darf. Zum einen, weil es als Bürgerbeauftragte viele Begegnungen und Kontakte mit den Menschen in unserem Land geben wird und zum anderen, weil ich als Beauftragte für die Landespolizei auch die Aufgabe habe, Polizeibeschäftigten ohne Einhaltung des Dienstwegs bei Missständen oder Problemen innerhalb der Polizei zu helfen. Das ist bundesweit in dieser Form einmalig.

DP: Stehen Sie da nicht in einem Interessenskonflikt? Die Bürgerinnen und Bürger können sich bei Ihnen über die Polizei beschweren und unsere Kolleginnen und Kollegen können sich bei „internen Problemen“ ebenfalls an Sie wenden?

SR: Ich sehe hier keinen Interessenkonflikt. Im Gegenteil: Bei der Anzahl der Beamtinnen und Beamten und der Masse an polizeilichen Eingriffsmaßnahmen tagtäglich ist die Anzahl der Beschwerden über das Verhalten der Polizistinnen und Polizisten in unserem Land verschwindend gering. Dies zeigt, dass wir auf eine bürgernahe Polizei stolz sein können, die es auf der anderen Seite bei all den belastenden Erlebnissen auch verdient, sich außerhalb des Dienstweges an mich wenden zu können, damit ich ihnen bei auftretenden Problemen auch behilflich sein kann.

DP: Können Sie uns was zu den Inhalten der Eingaben sagen, die Sie so erreichen?

SR: Eingaben von Polizeibeamtinnen und -beamten betreffen in erster Linie Personalangelegenheiten. Dabei sind die Themen schon breit gefächert. Sie reichen von Beförderung, Stellenbesetzungsverfahren inkl. Bewerbungs- und Auswahlverfahren bis zu Problemstellungen bei der Versorgung. Daneben spielen Probleme mit der Verpflegung bei Großeinsätzen, der Reisekostenabrechnung oder der Ausrüstung ebenfalls eine Rolle. Dies geht dann manchmal soweit, dass Verbesserungsvorschläge direkt an mich gerichtet werden.

Beschwerden aus der Bevölkerung richten sich meist, so jedenfalls meine bisherigen Erfahrungen, gegen das Ver-

V. l. n. r.:
Hermann Linn
 (Referent für den Polizeibereich),
Sabrina Kunz,
Barbara Schleicher-Rothmund,
Ernst Scharbach
 Foto: GdP



halten von Polizeibeamtinnen und -beamten. Da wird mal der Ton, mit dem die Beamten den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber treten als unangemessen empfunden oder Bürgerinnen und Bürger fühlen sich in ihrem an die Polizei herangetragenen Anliegen nicht ernst genommen. In dem ein oder anderen Fall hat auch das Erscheinungsbild oder das Auftreten von Beamten eine Rolle gespielt.

Es gibt aber auch Lob. Erst kürzlich hat mir ein Bürger geschrieben und von einer lebensrettenden Tat zweier junger Polizeibeamten berichtet. Nicht nur, dass er den Einsatz der Polizei gelobt hat, er wollte auch erreichen, dass die beiden Beamten eine öffentliche Belobigung erhalten, die auch – so hat mir der Innenminister versichert – erfolgen wird.

DP: Dürfen wir daraus schließen, dass Ihr Angebot von den Polizistinnen und Polizisten im Land gut angenommen wird?

SR: Auf alle Fälle. Dass sich Menschen aus einer solchen strengen Hierarchie, wie die Polizei sie traditionell und notwendigerweise ja nun einmal ist, unmittelbar an eine Beauftragte des Landesparlaments wenden können, ist ja grundsätzlich nicht selbstverständlich und so freuen wir uns umso mehr, dass das Parlament mit diesem Amt eine Institution geschaffen hat, die der einzelnen Beamtin und dem einzelnen Beamten auch in einem konkreten Fall einmal eine Hilfestellung oder eine Lösung zu einem Problem anbieten kann.

Darüber hinaus war es mir ein persönliches Anliegen, dass mit der Über-

arbeitung unseres Flyers auch deutlich wird, dass ich in meiner Funktion auch Beauftragte für die Landespolizei bin. Zudem haben wir mit Herrn Linn einen Referenten für die Polizei eingerichtet, der ebenfalls immer ein offenes Ohr für die Polizei in unserem Land hat.

DP: Frau Schleicher-Rothmund, worin sehen Sie Aufgabenschwerpunkte?

SR: Einerseits werde ich mich schwerpunktmäßig um die an mich herangetragenen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger sowie unserer Polizeibeamtinnen und -beamten kümmern, andererseits möchte ich mir natürlich tiefere Einblicke z. B. in das Innenleben und die Aufgaben unserer Polizei verschaffen, um Sachverhalte eindeutiger beurteilen zu können. Aus diesem Grund werde ich an den Sitzungen der Kommission „Innere Führung“ der Polizei teilnehmen, zu denen mich der Inspekteur der Polizei regelmäßig einlädt. Darüber hinaus ist auch beabsichtigt, dass ich an dem ein oder anderen Einsatz der Polizei teilnehme. Gegen Ende des Jahres werde ich dann meinen Tätigkeitsbericht dem Landtag vorlegen und diesen auch erläutern. Meine Absicht ist es auch, den Kontakt mit den Polizeigewerkschaften weiterzuführen und auch vor Ort das Gespräch mit den Menschen zu suchen.

DP: Die GdP wünscht Ihnen für Ihre Arbeit, aber natürlich auch persönlich, alles Gute und viel Erfolg. Herzlichen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führten Sabrina Kunz und Ernst Scharbach



POLIZEI UND GEGEN ANTISEMITISMUS

Burgard in neuen Ämtern

Die Landespolizei und löst in dieser Funktion eine eingerichtete Funktion eines Antisemitismus-



V. l. n. r.:
Bernd Becker,
Dieter Burgard
(mit GdP-Bär
Sara) und
JG-Vorsitzende
Jennifer Otto
Foto: GdP

Deutsche Polizei (DP): Sehr geehrter Herr Burgard, herzlichen Glückwunsch zum neuen Amt. Vor allem aber: Namens der GdP ein ganz großes Dankeschön für das vorherige Amt des Bürger- und Polizeibeauftragten. Wir haben die Zusammenarbeit immer als sehr angenehm, sachlich und zielführend empfunden.

Dieter Burgard (DB): Vielen Dank für die Blumen. Das Kompliment kann ich voll und ganz zurückgeben. Nicht nur für die Zusammenarbeit. Die Politikberatung durch die GdP hat ja 2014 – mitten im Gesetzgebungsverfahren – zu einer Beschreibung des Amtes geführt, die sich als sehr förderlich herausgestellt hat. Das gilt insbesondere für die Ansiedlung der Funktion beim Bürgerbeauftragten und damit beim Landtag. Wichtig ist auch, dass sich sowohl Bürgerinnen und Bürger, als auch Polizeibeschäftigte an den Beauftragten wenden können. Unsere Regelung hat bundesweiten Vorbildcharakter und vermeidet das Negativ-Image einer Beschwerdestelle.

DP: Ihr Resümee zu fast vier Jahren „Beauftragter für die Landespolizei“?

DB: Gute Kommunikation ist die halbe Miete. Die Polizei Rheinland-Pfalz ist eine Bürgerpolizei mit hohen Belastungen. Sie wird von den Bürgern geschätzt, es droht zuweilen aber auch Respektlosigkeit. Es war gut, dass mit der GdP gemeinsam geschaut wurde, dass die Polizei-

beschäftigten eine Lobby im Landtag haben. Entscheidend war auch, dass ich durch das Innenministerium und die Polizeibehörden gut unterstützt wurde.

DP: Provokant gefragt: Antisemitismus, ist das ein Phänomen, für das in Rheinland-Pfalz ein Beauftragter gebraucht wird?

DB: Das Grundgesetz und unsere Landesverfassung garantieren freie Religionsausübung, ja auch die Unterstützung von Religionsgemeinschaften. Der Landesregierung ist es wichtig, diese Glaubensfreiheit zu garantieren, keine Diskriminierung zu tolerieren und präventiv Bildungsarbeit zu leisten. Es ist Ziel, dass es keinen Antisemitismusbeauftragten geben muss. Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat als erste gehandelt und ein klares Zeichen gesetzt, als im Bundestag und den anderen Ländern, teils bis heute noch, nur debattiert wird.

DP: Wie äußert sich Antisemitismus im Alltag? Was kommt bei Ihnen an?

DB: In meiner neuen Amtszeit ab Mai gab es vier strafrechtliche Vorfälle, über die ich auch von den zuständigen Behörden informiert wurde. Das waren Schmierereien, Einbruchversuch und eine körperliche Attacke auf einen Bürger jüdischen Glaubens. Auch der Mord der 14-jährigen Susanna Feldmann aus der jüdischen Gemeinde Mainz beschäftigte mich. Insgesamt sind die Bürger jüdi-

schen Glaubens mit ihren Gemeinden verunsichert.

DP: Wegen der Fallgestaltung und der Opferauswahl werden antisemitische Delikte oft dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet. Ist das korrekt?

DB: Die Zuordnung antisemitischer Hasskriminalität zu rechtsextremen Hintergründen darf natürlich kein Auffangstatbestand für alle Fälle mit unbekanntem Tätern sein. Allerdings wäre es auch nicht in Ordnung, Zusammenhänge von Hasskriminalität nicht zu erkennen. Ich vertraue auf die gewissenhafte Arbeit der Landeskriminalämter, die sich ja auch ständig selbst hinterfragen. Der neueste Verfassungsschutzbericht geht intensiv auf das Thema ein, differenziert die Hintergründe. Erschreckend ist für mich, das was in den sogenannten sozialen Netzwerken, auf Schulhöfen und in Fußballstadien an Hass stattfindet.

DP: Viele Geflüchtete kommen aus dem Nahen Osten und bringen Glaubenskämpfe und Israel-Hass mit nach Deutschland.

DB: Laut Expertengutachten der Bundesregierung waren es im Sommer 2017 ca. zehn Prozent der Taten mit islamistischem Hintergrund. Sicher ist, dass in den muslimischen Herkunftsländern das Judentum, was oft auch mit dem Staat und der Politik Israels gleichgesetzt wird, sehr kritisch gesehen wird. Der Islam als solcher hat Vorurteile gegen Juden, wie sie auch im Christentum über Jahrhunderte, ja zwei Jahrtausende gepflegt werden.

DP: Worin sehen Sie ihren Aufgabenschwerpunkt?

DB: Sicherheit, Weiterentwicklung jüdischen Lebens und Prävention/Bildung sind die wichtigsten Aufgabenfelder. Ich will – auch vor dem Hintergrund des Holocaust – einen Beitrag dazu leisten, dass sich in Rheinland-Pfalz jüdisches Leben diskriminierungsfrei und ohne Bedrohung weiter entwickeln kann. Die Freiheit der Religionsausübung ist für unser Gemeinwesen ein hohes Gut. Das gilt auch für andere Glaubensgemeinschaften. Den Rahmen setzt das Grundgesetz.

DP: Die GdP wünscht Ihnen alles Gute für diese wichtige Aufgabe. Herzlichen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führten Jennifer Otto und Bernd Becker



Neue Wahlpflichtseminare in Modul 11

Berichte

„Digi-KpS“

Das MdI hat dem HPRP einen Zwischenbericht zum Projektstatus bei der Digitalisierung der „KpS“ vorgelegt. Demnach zeichnet sich ab, dass ein konsequentes Besprechungswesen zwischen den Beteiligten (K/18, K/6) auf Landes- und Behördenebene zur Qualitätssicherung geeignet ist.

Als Mitbestimmungsangelegenheit liegen dem HPRP parallel eine Generalerrichtungsanordnung für POLIS und die angepasste „KpS-Richtlinie“ vor. Das Gremium hat zugestimmt. Fragen der Dienst- und Fachaufsicht, der Eingruppierung und Umsetzung von Personal sind hiervon nicht betroffen.

Standardisierung von Raumbedarfen

Die technischen Raumbedarfe für Polizeidienststellen sind jetzt einheitlich beschrieben; die Behörden wurden unterrichtet.

Stellen für Verwaltungswärter

Den PP Koblenz, Rheinpfalz und Westpfalz wird je eine Stelle für Verwaltungswärter des 2. EA zugewiesen. Eine zusätzliche Zuweisung erhält das PP Rheinpfalz.

Verfahrensregelungen „Tattoo“

In einer Anweisung des MdI an die HdP wird der Umgang mit Tätowierungen von Polizeibewerbern geregelt. Eine Regelung für Bestandsbeamte soll im Herbst folgen.

Die Regelungen setzen eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes um, wonach beispielsweise Tätowierungen am Unterarm durch Langarmhemden zu verdecken sind.

Im politischen Raum wird eine Gesetzesänderung diskutiert.

Mentoring-Programm A 13 – A 15

Für Frauen im 4. EA hat die Landesregierung ein Mentoring-Programm aufgelegt, an dem auch die Polizei teilnehmen wird.

Tarifbeschäftigtenprogramm

Auch in den Haushaltsjahren 2019/20 werden im Tarifbeschäftigtenprogramm 20 zusätzliche Stellen zur Verfügung gestellt.

Funktionsbeschreibung „BI“

Das MdI hat eine Funktionsbeschreibung für einen internen Ermittler für Amtsdelikte und die Koordination von Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte vorgelegt.

Der HPRP hat Erörterungsbedarf.

Soziale Medien

Einer Rahmenkonzeption zur Nutzung sozialer Medien und einer gesonderten Regelung zur polizeilichen Instagram-Nutzung hat der HPRP zugestimmt.

BA-Stg.: Modul 11

Im Rahmen der Revision des Curriculums des BA-Studienganges wurde das Modul 11 überarbeitet und wird dem HPRP gesondert zur Zustimmung vorgelegt. Referatsleiter Michael Thönes erläuterte dem Gremium Hintergründe und Inhalte der neuen Regelung.

Das Modul 11 wurde bereits 2017 vor dem Hintergrund der Gründung des PP ELT verändert. Jetzt werden Wahlpflichtangebote beschrieben, die Gelegenheit bieten sollen, in weiteren Bereichen der Polizei Erfahrungen zu

sammeln. Dieser Effekt soll sich auch positiv auf das Interesse an der Arbeit der Kriminalpolizei auswirken. Die Stärkung der Ermittlungs- und Kontrollkompetenz ist ausdrückliches Ziel der Neuerungen.

Bei der Erstellung der Inhalte wurde die polizeiliche Praxis umfassend eingebunden. Die Praktika sollen nach Möglichkeit inhaltlich mit den Wahlpflichtseminaren korrespondieren.

Es werden keine Zugangsvoraussetzungen und kein Auswahlverfahren für bestimmte Seminare geben. Die Bewerbungen sind interessengeleitet, ein Windhundprinzip ist nicht auszuschließen.

Für das „KriPo-Modul“ gibt es derzeit zu wenig Interesse. Es ersetzt nicht die theoretische Grundqualifizierung für den Dienstzweigwechsel und setzt auch kein Präjudiz.

Vertreter der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung weisen darauf hin, dass sehr oft die Kapazitäten entscheidend sind und nicht das individuelle Interesse. Eine Rolle spielt auch die bevorstehende Prüfung und der erforderliche Freiraum zum Lernen.

Die Jugendvertreter weisen darauf hin, dass auch diejenigen, die einen Wechsel in die Kriminalpolizei erwägen, zunächst einmal in den polizeilichen Einzeldienst gehen wollen.

Sabrina Kunz / 0 61 31-16-33 65
Margarethe Relet, -33 78
Heinz Werner Gabler, -33 79
Ernst Scharbach, -33 65
Bernd Becker, -33 80
Gabriele Schramm, -33 81

TARIFSEMINAR: RECHTE UND PFLICHTEN BEI „AU“



Von der Pflicht der Meldung einer Arbeitsunfähigkeit über den Anspruch auf Entgeltfortzahlung und Krankengeld bis hin zu den Auswirkungen auf das Arbeitsverhältnis bei längerer Erkrankung wurden die Kolleginnen und Kollegen informiert. Der zweite Baustein dieses Seminars befasste sich mit Anspruch auf Sonderurlaub

und Arbeitsbefreiung. In der üblichen lockeren Art und Weise wurde mal wieder viel Wissen vermittelt. Aber auch der Austausch zwischen den Seminarblöcken ist wichtig und stärkt das Gemeinschaftsgefühl.

Über die Rechte und Pflichten der Beschäftigten im Falle einer Arbeitsunfähigkeit referierten beim zweiten Tarifseminar 2018 René Klemmer und Margarethe Relet.





„Bitte, das ist für dich.“

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

wie würdest du reagieren, wenn dir jedes Jahr jemand 835 EUR* schenken würde? Die Frage erübrigt sich, denn die Antwort ist klar.

Der Staat hat für dich jedes Jahr ein Geldgeschenk parat. Mit diesem Geschenk fördert der Staat deine Altersvorsorge. 175 €, 185 €, 200 €, 300 € aus diesen Beträgen setzt sich deine staatliche Förderung zusammen. Es geht also nicht nur um „ein paar Cent“.

Hol dir deine persönlichen Zulagen vom Staat und lass' sie nicht liegen!

Sichere dir mit der GdP-Rente deine Zulagen vom Staat. Profitiere als GdP-Mitglied von den auf Polizisten abgestimmte Leistungen! Nähere Informationen zur GdP-Rente und über die Höhe deiner persönlichen Förderung erhältst du über unser PSW.

Nutze das Antwortschreiben (siehe unten)!

Dein Ansprechpartner der Polizeiversicherung wird sich dann mit dir in Verbindung setzen.

* Beamter, verheiratet (2 Kinder, geboren 1995/2010)



Ja, ich interessiere mich für die GdP-Rente und wünsche nähere Informationen.

Einfach Formular ausfüllen, zurücksenden, faxen oder mailen an:

PSW Rheinland-Pfalz GmbH
 Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
 55129 Mainz
 Fax: 06131 96009 27
 Mail: psw-rp@gdp.de



Das finde ich auch noch interessant:

- Zulagensatz bei Unfällen
- Privatärztliche Behandlung
- Polizeitarif fürs Auto
- Absicherung bei Dienstunfähigkeit

Bitte informiert mich umfassend über die Vorteile der GdP-Rente.

 Name, Vorname

 Straße, Hausnummer

 PLZ, Wohnort

 Telefon / Fax

 E-Mail @

- Ja, ich bin damit einverstanden, dass mich Mitarbeiter oder Vermittler der SIGNAL IDUNA Lebensversicherung AG – ein Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe – zum Thema GdP-Rente oder einem der gewählten Themen telefonisch, per E-Mail oder Fax kontaktieren.

 Datum, Unterschrift



SENIOREN GRUPPE WESTPFALZ

„Gemeindeschwester Plus“ stellt ihre Arbeit vor

Für den Senioren-Stammtisch im Juni hatte sich der Vorstand einen besonderen Programmpunkt vorgenommen.



Die GdP-Senioren erhielten auf Einladung des BG-Vorsitzenden Werner Hilmer Besuch von Andrea Rihlmann-Kauff. Frau Rihlmann-Kauff verkörpert in der Westpfalz das Projekt „Gemeindeschwester Plus“. Es geht dabei um die Betreuung betagter Menschen in ihrem heimischen Umfeld.

Zitat: „Die meisten Menschen möchten auch im Alter gerne so lange wie möglich in ihrem Haus oder ihrer vertrauten Wohnung leben. Diesen Wunsch wollen wir mit dem Modellprojekt Gemeindeschwesterplus unterstützen.“

Frau Rihlmann-Kauff berichtete über ihre Arbeit und stellte fest, dass das Modellprojekt von Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenhäger in der Region sehr gut angenommen werde.

Ganz konkrete Lebenshilfe bietet – so Frau Rihlmann-Kauff – die sog. „Grüne Notfalldose“.

Sollte es zu einem häuslichen Notfall kommen, erkennen Rettungskräfte schon durch einen grünen Aufkleber, der möglichst schon an der Haustür angebracht ist, dass es im Haus die sogenannte Grüne Unfalldose gibt.

Diese sollte auch an einem Ort aufbewahrt werden, den a) jeder Hausbesitzer hat und der auch leicht b) zu finden ist, nämlich im Kühlschrank in der Tür.

Aufbewahrt werden in der Dose die relevanten Daten, die für einen bspw. ärztlichen Notfall unabdingbar sind, wie Blutgruppe, Vorerkrankungen, Hausarzt, etc.

Der Vorstand der Senioren, allen voran Heinz Rahm und Gerhard

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

70 Jahre

Hans Jürgen Ladinek und Irmgard Müller, KG Vorderpfalz
Karl Heinz Lenhard, KG PD Worms
Wolfgang Marx, KG PP Trier

75 Jahre

Josef Otto Günter Weber, KG PP/PD Koblenz
Erich Schnöll, KG PD Worms
Manfred Mang, KG Westerwald/Rhein-Lahn
Gert Kühn, KG PP Westpfalz

80 Jahre

Winfried Doll, KG Südpfalz

Brenner, bedankten sich für einen informativen und gelungenen Vortrag der Gemeindeschwester, die es sich nicht nehmen ließ, jedem Teilnehmer eine Grüne Notfalldose (www.notfalldose.de) zu überreichen.

Werner Hilmer

SENIOREN TRIER VERANSTALTUNGEN

Richtig erben und vererben – Informationsveranstaltung am Dienstag, 11. September 2018, 14 Uhr, Schweich, Leinenhof
Referentin: Rechtsanwältin Sandra Buhr
Besuch des Ofen- und Eisenmuseums am Freitag, 12. Oktober 2018, 15 Uhr in Hüttingen/Lahr

Rückfragen oder Anmeldungen bei Seniorenvertreter Horst Zwank 0 65 26/85 72, Mail: horstzwank@web.de
WhatsApp: 01 52/56 13 59 72

KURZ & KNACKIG

Erfüllungsübernahme ist jetzt geübte Praxis

Der Erfüllungsübernahme von Schmerzensgeldansprüchen gemäß § 71a LBG steht jetzt nichts mehr im Wege. Rechtskraft hatte die Bestimmung eh schon und Anfang August wurde nach einer gesprächsweisen Intervention der GdP auch das erforderliche Geld in Form von zugewiesenen Haushaltstiteln zur Verfügung gestellt.

GdP-Vize Heinz Werner Gabler: „Damit ist die ADD nun in der Lage, die berechtigten Ansprüche der Kolleginnen und Kollegen zu erfüllen.“

ALLES GUTE IM RUHESTAND

Raimund Kiefer, KG PD Mayen

Arnold Dewans, PP ELT Wittlich

Ulf Richter, KG Vorderpfalz

WIR TRAUERN UM

Ruthard Richter, 85 Jahre, KG Vorderpfalz

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

